



Wertjährlicher Abonnementzins, in Breslau 6 Mark, Wochen-Abonnement, 30 Pf.  
außerhalb pro Quartal 7 Mark 50 Pf. — Anzeigentagblatt für den Raum einer  
kleinen Stadt 30 Pf., für Inserate aus Schlesien u. Polen 20 Pf.

Nr. 129. Abend-Ausgabe.

Siebziger Jahrgang. — Eduard Trewoldt Zeitungs-Verlag.

Edition: Herrenstraße Nr. 20. Außerdem übernehmen alle Post-  
Anstalten Bestellungen auf die Zeitung, welche Sonntag einmal, Montag  
weimal, an den übrigen Tagen dreimal erscheint.

Mittwoch, den 20. Februar 1889.

## Die Landgemeindeordnung.

# Berlin, 19. Februar.

Der Minister des Innern hat vor einigen Tagen das Bedürfnis anerkannt, die Landgemeindeordnung zu reformiren. Wir sind damit auf den Standpunkt zurückgekehrt, den wir zur Zeit der Ministerien Friedenthal und Culeburg eingenommen haben und den später Herr von Puttkamer verleugnet hat. Dass die Reform in einem sehr langen Temp durchgeführt werden wird, versteht sich von selbst; vor der Hand sollen Berichte und Gutachten eingefordert werden. Wir wollen zufrieden sein, wenn nur ein Schritt zum Ziele geschieht, wenn die Angelegenheit vor volliger Versumpfung bewahrt bleibt.

Man kann ja zugeben, dass für einen Theil der östlichen Provinzen die Sache grosse Schwierigkeiten hat; dort, wo sich ein Rittergut an das andere reiht und in einer Entfernung von vielen Meilen kein einziges Dorf zu finden ist, wird sich ein Gemeindeleben im eigentlichen Sinne des Wortes niemals entwickeln. Man wird die Kompetenz der Gemeindeorgane sehr beschränken müssen; Wegewesen und Regulierung der Schullauff wird ihre hauptsächlichste Aufgabe sein. Aber diese Aufgaben sind doch auch wichtig genug, um ihrerwegen besondere Organe zu schaffen.

Wie aber kommen die Gegenden, in denen der Bildung lebensfähiger Gemeinden ein Hindernis nicht im Wege steht, dazu, in ihrer Entwicklung aufgehoben zu werden, weil in Ostpreußen eigenthümliche Verhältnisse bestehen. Mir sind einige Städte bekannt, deren Weichbild einen selbstständigen Gutsbezirk umgibt. Die Bewohner dieser Gutsbezirke nehmen an den städtischen Vortheilen ihren Anteil mit, tragen aber zu den städtischen Lasten nichts bei. Solche Gutsbezirke bilden ein Hemmniss für die kommunale Thätigkeit und sind ohne Umschweif als Mützgebilde zu bezeichnen, die je früher desto besser weggeräumt werden müssen!

An eine Rückkehr zu den Prinzipien der Gemeindeordnung vom Jahre 1850 denkt heute auch in den liberalen Kreisen kein Mensch; das aber Zustände, deren Nebelstände vor allen Augen liegen, von Seiten der conservativen Partei seit vierzig Jahren festgehalten worden sind, dass man jeder Entwicklung des Gemeindesteuerwesens, des Unterrichtsgesetzes und des Wegewesens einen Niegel vorgeschoben hat, ist ein schlagender Beweis dafür, wie wenig Neigung bei uns die conservative Partei zu wirklichen gesetzgeberischen Reformen hat.

## Deutschland.

\* Berlin, 19. Febr. [Tages-Chronik.] Die „Post“ macht zu ihrer, telegraphisch mitgetheilten Nachricht, der Kaiser habe die Stellung eines Höfpredigers mit derjenigen eines Agitators für unvereinbar bezeichnet, ein Fragezeichen. Die „Frei. Ztg.“ berichtet, in parlamentarischen Kreisen verlautet, Herr Stöcker habe in letzter Zeit nicht mehr bei Hofe verkehrt. Die „Frei. Ztg.“ fügt hinzu: „Soweit man in parlamentarischen Kreisen überhaupt von jenen Gerüchten Notiz nimmt, geschieht es in der Weise, dass man die Stöckerfrage nur als Symptom betrachtet für Strömungen und Gegenströmungen, welche sich in höheren Regionen und unteren Regionen noch nicht klar erkennbar sind. Im Uebrigen wollen wir nur bemerken, dass Stöcker aus seinem Amt nicht anders entfernt werden kann, als durch einen Beschluss des Oberkirchenrats auf Grund eines geordneten Disziplinarverfahrens. Früher hat Stöcker wiederholt gehäuft, dass, wenn ihm die Wahl gestellt würde zwischen seinem Amt und seiner politischen Thätigkeit, er eher das Hojamt als die christlich-sociale Agitation aufgeben werde.“

Über die Begegnung des Reichskanzlers mit dem Grafen

Waldersee im Herrenhause in der Sitzung am Sonnabend wird der „Post. Ztg.“ von einem Augenzeuge geschrieben: Von freundschaftlichen Beziehungen der beiden Männer hat sicher unter den Augenzeugen jenes Zusammentreffens niemand etwas bemerkt; dasselbe spielt sich im Gegenteile in Formen ab, welche an sich den Gedanken näher legen konnten, dass beide sich in jenem Augenblick zum ersten Male sähen. Der Reichskanzler pflegt sich sonst in den Räumen des Herrenhauses sehr ungezwungen zu geben und lebhaft mit den Mitgliedern des Hauses zu verkehren. Am Sonnabend sprach er dagegen mit niemand aus dem Hause, sondern saß entweder ruhig arbeitend über seinen Acten oder tauschte kurze Bemerkungen mit seinem Nachbarn am Ministertisch, Herrn v. Lucius. Da trat das jüngste Mitglied des Hauses, der zu Beginn der Sitzung erst vereidigte Chef des Großen Generalstabes, auf den Kanzler zu. Die Art, wie dieser, sich langsam von seinem Sitz erhebend, die Begrüßung entgegennahm, machte — wie gesagt — fast den Eindruck, dass es ein Unbekannter sei, der zu dem Reichskanzler sprach. Danach reichte der Kanzler dem Generalstabchef die Hand; die Bewegung war fast zögern und die Miene behielt den kalt höflichen Ausdruck; von jener Verbindlichkeit, die der Reichskanzler unter Umständen im persönlichen Verkehr so deutlich zum Ausdruck zu bringen pflegt, war bei dieser nur wenige Augenblicke dauernden Begrüßung mit dem Nachfolger Moltzes nichts zu bemerken, was bei den von der „Kölner Zeitung“ behaupteten engen freundschaftlichen Beziehungen beider Männer um so mehr auffallen müsste.

F. Berlin, 19. Febr. [16. ordentliche Plenarversammlung des Deutschen Handelstages.] Unter sehr zahlreicher Beteiligung begannen heute Vormittag im Generalversammlungsraume der Börse die Verhandlungen der 16. ordentlichen Plenar-Versammlung des Deutschen Handelstages. Der zweite Vorsitzende, Commerzienrat Frenzel (Berlin) eröffnete gegen 10½ Uhr Vormittags die Versammlung und ertheilte zunächst dem Staatsminister v. Böttcher das Wort. Die bereits auszugsweise telegraphisch gemeldete Rede des Ministers lautete:

Meine Herren! Es gereicht mir auch heute, wie immer, zur großen Freude, dass ich die Ehre habe, im Namen meiner Regierung den Deutschen Handelstag zu begrüßen. Diese meine Freude ist umso grösser, da ich aus Ihrer Tagesordnung erschehe, dass Sie sich mit einem Gegenstand beschäftigen wollen, der mir ganz besonders am Herzen liegt und der wohl geeignet ist, unser Vaterland zur wirtschaftlichen Wohlfahrt und sozialem Frieden zu führen. Ich kann jedoch nicht umhin, gleichzeitig meinem Bedauern Ausdruck zu geben, dass der von mir hochverehrte Mann, der so viele Jahre die Verhandlungen des deutschen Handelstages geleitet hat, diesmal durch Krankheit versündigt ist, an den Verhandlungen Theil zu nehmen.

Ich bin überzeugt, dass ich in Ihren Alten Stimme handle, wenn ich im Namen meiner Regierung den Wunsch und die Hoffnung ausspreche, dass Herr Geh. Commerzienrat Delbrück sehr bald volle Genesung

beschieden sein möge. (Bravo.) M. H. Sie treten in einer Zeit zusammen, in der Handel und Industrie nicht klagen können. Ist auch in einigen Industriezweigen die Zahlung höheren Löhne wünschenswerth, so blüht doch im Allgemeinen die deutsche Industrie und sind auch dementsprechend die Arbeitslöhne besser geworden. Es findet der deutschen Industrie neue Absatzgebiete nach dem Auslande erschlossen worden. Der deutsch-schweizerische Handelsvertrag, der Weltausstellung in Melbourn haben sehr wesentlich zur Förderung der deutschen Industrie beigetragen. Es ist mit Sicherheit zu erwarten, dass dem deutschen Export sich in nicht allzulanger Zeit ein weiteres Absatzgebiet im fernen Osten erschließen und dadurch der Lohn der deutschen Arbeiter sich immer mehr verbessern wird. Wenn ich mich nur den Gegenständen zuwende, die Sie diesmal beschäftigen werden, so bedaure ich, dass ich behindert bin, an Ihren Berathungen Theil zu nehmen. Ich hätte gewünscht, dass der Handelstag mit den Commissionsberathungen des Reichstages, in denen die Alters- und Invalidenversicherung zur Verhandlung steht, nicht zusammengefallen wäre. Ich hätte gern eingehender über diesen Gegenstand zu Ihnen gesprochen, als es mir im Rahmen einer kurzen Begrüßungsrede möglich ist. Ich bin überzeugt, es wäre mir bei einer eingehenden Bepprechung möglich gewesen, manche Zweifel, die sich ganz besonders bezüglich der Organisation des Entwurfes noch geltend machen, zu beseitigen. Soweit ich aus den Verhandlungen Ihrer Commission erschehe, besteht zu meiner großen Freude über das anzustrebende

Ziel bei Ihnen bereits volle Einigkeit. Es ist nicht hoch genug anzuerkennen, dass auch im Reichstage alle Parteien über das Ziel, deren Basis die Allerböschte Botschaft vom November 1881 bildet, einig sind. Die Wege, wie das Ziel erreicht werden soll, gehen allerdings bisweilen ganz erheblich auseinander. Es ist nur nothwendig, bei der Discussion über diese Wege Platz zu halten, damit die Ausführung nicht außer Möglichkeit kommt, und zu empfehlen ist, den Grundsatz nicht außer Acht zu lassen, dass das Bessere der Feind des Guten ist. (Bravo.) Solcherart wird es gewiss möglich sein, alle Schwierigkeiten, die sich der Ausführung des Gesetzes noch entgegenstellen zu beseitigen. Selbst im Bundesrat machen sich ja verschiedene Ansichten über die Ausführung geltend. Die preussische Regierung will z. B. das Gesetz auf Grund der Vertragsgenossenschaften aufbauen. Einzelne Regierungen sehen dieser Bestrebung Bedenken entgegen. Allein die preussische Regierung ist nicht gewillt, dieser Meinungsverschiedenheit wegen das Gesetz scheitern zu lassen. Die preussische Regierung macht daran keine Gabinettsfrage. Diese Haltung der preussischen Regierung ist zur allgemeinen Nachahmung zu empfehlen. Es ist mir bekannt, dass bezüglich der Organisation große Meinungsverschiedenheiten vorhanden sind. Jedermann ist das reine Umlageverfahren undenkbar. Wir dürfen bei Berathung eines solchen Gesetzes keine Möglichkeit außer Acht lassen. Im Falle eines Krieges oder wirtschaftlichen Niederganges — und daran sind alle Schilder des Volkes beteiligt — dürfte es nicht möglich sein, die festgesetzte Last zu tragen und wir könnten in die Lage kommen, dem Invaliden der Arbeit die laut Gesetz versprochene Rente nicht zahlen zu können. Dagegen empfiehlt sich das Prämienverfahren. Dieses Verfahren, das weder Arbeitgeber, noch Arbeitnehmer übermäßig belastet, ist wohl im Stande, allen Ansprüchen zu genügen. M. H. Es wäre verlockend, noch auf weitere Fragen einzugehen, allein leider bin ich dazu nicht in der Lage. So sehr auch Ihre Meinungen über die Wege auseinander gehen mögen, ich bin überzeugt, Sie werden nicht außer Acht lassen, dass es vor allen Dingen darauf kommt, das Gesetz zu Stande zu bringen, wie es den Erwartungen des hochseligen Kaisers Wilhelm und seiner beiden erhabenen Nachfolger entspricht. Dass das Gesetz in diesem Sinne zu Stande kommt, dafür bürgt die deutsche Treue und die deutsche Einigkeit (Bravo). M. H. Was die Zukunft uns bringt wird, wissen wir nicht, allein wenn wir unsere politische und finanzielle Stellung unter den Völkern betrachten, so dürfen wir hoffen, dass der Frieden vorläufig nicht gestört werden wird, und dass wir uns den Arbeiten zur Hebung unserer wirtschaftlichen Wohlfahrt und unseres sozialen Friedens mit voller Ruhe hingeben können. Möge uns dabei der Segen Gottes nicht fehlen. Ich begrüsse Sie nochmals mit der Sicherheit, dass die Verhandlungen und Beschlüsse des deutschen Handelstages, die der Regierung stets sehr schätzbar gewesen sind, auch diesesmal die derselben volle Beachtung finden werden. (Lebhafte Beifall.)

Commerzienrat Frenzel dankte dem Minister für seine Begrüßungsworte. Er ersuchte alsdann die Anwesenden, sich von ihren Plänen zu erheben und auf den Kaiser ein dreifaches Hoch auszubringen. (Dies geschah.) Geh. Commerzienrat Herz (Berlin) begrüßte hierauf die Versammlung im Namen des Altesten-Collegiums der Berliner Kaufmannschaft.

Den ersten Gegenstand der Tagesordnung bildete die Alters- und Invalidenversicherung. Der diesbezügliche Referent, Generalsecretär Bueck (Berlin) äußerte sich etwa folgendermassen: Ein sehr großer Theil der Arbeiterbevölkerung sei in den letzten Jahrzehnten auf Abwege gerathen. Sie haben gewissenlosen Führern Folge geleistet, die ihnen vorreden, die Verbesserung der sozialen Verhältnisse sei nur durch Umsturz alles bestehenden möglich. Die deutschen Arbeiter haben sich leider diesen Umsturzbestrebungen nicht zu entziehen vermocht. Leider haben die Umtriebe höchstlich dahin geführt, dass zwei Buben gegen das geheiligte Haupt unseres hochseligen Kaisers Wilhelm die Mordwaffe erhoben. Dies Untergang hat schließlich dahin geführt, den Umsturzbestrebungen auf gefährlichem Wege entgegenzutreten. Allein obwohl der hochselige Kaiser Wilhelm durch die schwindigen Attentate, die gegen ihn verübt wurden, persönlich schwer zu leiden hatte, so gab er doch im November 1881 in Form einer Allerböschten Botschaft der Aufficht Ausdruck, dass mit dem Socialisten Gesetz allein nichts gethan sei, sondern dass durchgreifende soziale Reformen geschehen müssen, wenn der soziale Friede wieder hergestellt werden sollte. Unser hochseliger Kaiser hat den Grundsatz ausgesprochen, dass Gesellschaft und Staat für den Schwächeren eintreten müssen. Dieser Grundsatz, der dem deutschen Volke ein heiliges Vermächtniss sein muss, entsprechend, sei bereits ein Kranken- und Unfall-Versicherungsgesetz ins Leben getreten und nun solle, gleichsam als Krönung des sozialen Gebäudes, die Alters- und Invalidenversicherung zum Gesetz erhoben werden. Das Gesetz sei von um so grösserer Bedeutung, weil es alle Arbeiter mit

Nachdruck verboten.

## Ein russischer Jakobiner.

Nach dem Russischen des Jagailow.

[11]

3. Kapitel.

Es vergingen einige Tage, ehe ich mich entschloss, die Familie Renaud wieder zu besuchen, trotz der dringenden Einladung ihrer Angehörigen, den Weg zu der Papeterie des amis de la liberté nicht zu vergessen. Ich wünschte sehr, von dieser freundlichen Einladung Gebrauch zu machen, denn die Sammtaugen der hübschen Cäcilie hatten während des Dinners einen gewaltigen Eindruck auf mich gemacht, aber gerade deshalb erschien es mir ungeeignet, zu sehr zu eilen. Beinahe täglich ging ich nach dem beschiedenen Diner in einem der Restaurants des Palais Egalité bis zu der Ecke der Straße de la Lanterne und las vom Weitem das Schild des Renaud'schen Ladens, aber in die Straße zurückzukehren konnte ich mich nicht entschliessen. Das hätte wer weiß wie lange dauern können, wenn mich nicht einmal, gerade als ich an der Ecke der verhängnisvollen Straße stand, eine starke Hand von hinten auf die Schulter geklopft und ich nicht hinter meinem Rücken die laute selbstbewusste Stimme des Papierhändlers vernommen hätte, welche sagte:

„Kommen Sie nun zu uns, Bürger? Das ist vortrefflich. Wir haben heute, wie abgezählt, eine kleine Familiengesellschaft aus Anlass meiner Wahl zum Mitglied des Bewachungskomites unserer Section.“

Ich war zugleich sehr erfreut und verwirrt. Ablehnen wegen meines für eine Abendgesellschaft nicht passenden Anzuges konnte ich nicht, denn von dem Tage meiner Bekanntschaft mit der hübschen Tochter des Bürgers Renaud an hatte ich im Palais Egalité immer schon, für einen Gesellschaftsabend angezogen, diniert, so dass ich sogar einmal die Aufmerksamkeit meines immer mit politischen Angelegenheiten beschäftigten Erziehers auf mich zog, welcher zu mir sagte:

„Geh Du auf die Jagd nach einer Schönheit? Nimm Dich in Acht, Eugen, bei uns in Paris frißt das Wild die Nimrode, welche es jagen!“

Einige kleine Züge unserer Erlebnisse in der Jugend erhalten sich in bewundernswerther Weise im Gedächtnisse. Bis zu diesem Augenblick sehe ich bis auf jede Kleinigkeit den Anzug, welchen ich trug, als ich bei dem Bürger Renaud als Gast erschien. Ich hatte einen hellgrauen Tuchfrack mit großen silbernen Knöpfen und schmalen

Schößen beinahe bis auf die Füße, fleischfarbene kurze Beinkleider, weiße Weste mit breitem Kragen, seidene, mit hellblauen Punkten auf weißem Fonds besprengte Strümpfe und Lackschuhe mit silbernen Schnallen. Der Filzhut von der Façon, welche die Girondisten in Mode gebracht hatten, war mit einem breiten Sammetbande und der damals für Jedermann obligatorischen dreifarbigem Kokarde verziert. Meine starken, hellkastanienfarbenen Haare waren leicht gepudert und fielen in Locken auf den hohen, den Nacken stützenden Frackkragen. Nur in einem Punkte wich dieser Anzug von der allerneuesten Mode ab. Ich hatte mich noch nicht entschlossen können, das hohe, die Hälfte des Kinns bedeckende Halstuch umzubinden, und es durch eine schmale Cravatte mit Spangen an den Enden, wie sie in den letzten Jahren der gefallenen Monarchie Mode waren, ersetzt.

In dem kleinen Salon des Bürgers Renaud fand ich eine wirklich zahlreiche Gesellschaft. Der Wirth stellte mich der Reihe nach seiner Schwester, einer alten Jungfer mit harten Gesichtszügen und nach der veralteten Mode der letzten Jahre der Regierung Ludwigs XVI. gekleidet, seinem ältesten Sohne und noch drei Gästen männlichen Geschlechts vor, den Bürgern Cardinal, Sorintomare und Gueslo, welche mit dem jungen Renaud am Kartentisch saßen und Beique spielten. In der anderen Ecke des Salons befand sich eine Gruppe, bestehend aus einer jungen modischen Dame, welche nachlässig auf einem Clavier klimperte, der Tochter des Wirths, welche ihr die Noten umblätterte, und einem großen, eckigen, langnasigen Herrn, der sich auf das Clavier lehnte und augenscheinlich beiden Damen den Hof mache. Die Wirthin war nicht im Zimmer. Ihre schreiende Stimme hörte man von Zeit zu Zeit im anstoßenden Speisezimmer, von wo auch das Klirren des aufgestellten Geschirrs herüber tönte.

Als meine Vorstellung bei den Beiquespielern zu Ende war, verließ die hübsche Cäcilie das Clavier, ging auf mich zu und sagte:

„Seien Sie mir gegrüßt, ritterlicher Ritter!“

Bei diesen Worten sahen der Herr und die Dame, welche an dem Clavier geblieben waren, neugierig nach mir. Das junge Mädchen nahm mich an der Hand, führte mich zu ihnen und sagte:

„Bürger Starodubski, Bürgerin Saint-Amaranthe, Bürger Kloots.“

Beide Namen waren mir bekannt. Frau Saint-Amaranthe, obgleich augenscheinlich nicht diejenige, welche vor mir stand, war in Paris damals als die Herrin eines gastfreundlichen Salons bekannt, welche die Freunde hohen Spiels und lustiger Gesellschaft versammelte; der Name Kloots hatte schon unter dem Titel des Redners des menschlichen Geschlechts zu erkennen begonnen. Mein Erzieher Prosper

Lande hatte oft mit seinen Freunden von diesem rätselhaften Ereignis gesprochen, welchen er für einen preussischen Spion hielt. Den Salon der Frau Saint-Amaranthe liebte Landé auch nicht, indem er versicherte, dass in demselben unter dem Deckmantel des Spiels und der Courschneiderei die monarchischen Verschwörer sich versammelten.

Als er meinen Namen hörte, sah mich Kloots mit seinen kleinen, immer umhergehenden Augen an und sagte, übrigens mit einem sehr starken deutschen Accent:

„Sie gehören wahrscheinlich der polnischen Nationalität an, Bürger?“

„Nein, ich bin Russe von Geburt.“

„Russe! Das ist ausgezeichnet. In unserer Gruppe von Delegierten des menschlichen Geschlechts fehlt uns bis jetzt gerade ein Vertreter dieser Nationalität! Ich hoffe, dass Sie, wenn wir näher bekannt sind, mir nicht abschlagen werden, diese Lücke auszufüllen?“

Das junge Frauenzimmer, welches an dem Clavier saß, lächelte und sagte:

„Der Redner des menschlichen Geschlechts verliert keine Zeit. Er wirbt seine Gäste sogar in fremden Salons.“

Kloots lächelte breit, aber etwas verlegen und ging zu den Kartenspielern.

Cäcilie Renaud rückte mir einen Stuhl heran und sagte, zu ihrer Freundin gewendet:

„Du weißt schon, Lucinde, dass mir Bürger Starodubski neulich beinahe das Leben gerettet hat, aber ich habe Dir noch nicht mitgetheilt, dass mein heldenmuthiger Vertheidiger ein russischer großer Herr ist.“

„Gi sich da!,“ sagte das junge Frauenzimmer mit singender und höflicher Stimme, indem es seine großen, grauen, hervorbrechenden Augen zu mir erhob. „Und was machen Sie hier in Paris, Herr russischer Grand Seigneur?“

Das Wort Herr klang ganz sonderbar in meinem Ohr, welches sich schon dieser monarchischen Hoffart entwöhnt hatte, die wir gewöhnlich im Gespräch vermieden und durch das Wort „Bürger“ erzeugten. Ich erinnerte mich unwillkürlich der Worte meines Erziehers über die Familie Saint-Amaranthe und enthielt mich, im republikanischen Geiste zu antworten, sondern ich sagte einfach:

„Ich studire das interessante und belehrende Schauspiel, welches gegenwärtig von dieser großen Stadt dargeboten wird.“

„Interessant, so viel Sie wollen, belehrend kaum“, wandte die schöne Lucinde ein, indem sie die Stimme etwas senkte und zu Kloots hinüber blickte.

(Fortsetzung folgt.)

wenigen Ausnahmen umfasse. Ausgenommen sollen nach Ansicht des Ausschusses des deutschen Handelstages, die Handlungsgesellen und Lehrlinge, sowie die Apotheker Gesellen und Lehrlinge sein. Der Ausschuss sei der Meinung, daß diese Kategorie doch im Allgemeinen nur vorübergehend unselbstständig, im Übrigen zumeist sozial derartig gestellt sei, um der Wohlthaten des Gesetzes entraphen zu können. Anders sei dies bei der großen Masse der Handwerker und Arbeiter. Es sei ein starker Irrthum, wenn behauptet werde: das Gesetz sei nur eine veränderte Armenpflege. Auf die Armenunterstützung habe der Arbeiter keinen gesetzlichen Anspruch, wohl aber auf die Alters- und Invalidenrente. Eine Erhöhung der Rente sei nicht ratsam, da die Mittel dazu nicht ausreichen dürften, und es auch nicht angezeigt sei, den Arbeitern dieselben Mittel zu gewähren, die sie bei voller Arbeitskraft haben. Dagegen empfehle sich die Herabsetzung der Altersgrenze vom 70sten auf das 65ste Lebensjahr. Der Ausschuss sei der Meinung, daß andernfalls die Wohlthaten des Gesetzes zu wenigen Leuten zu Gute kommen würden. Fest steht, daß, wenn das Gesetz erst in Wirklichkeit sein werde, dasselbe zur Hebung der wirtschaftlichen Wohlfahrt und des sozialen Friedens beitragen werde. Sei erstmals Zufriedenheit in den Kreisen der deutschen Arbeiter eingelebt, dann werde es auch gelingen, die Sozialdemokratie mit Erfolg zu bekämpfen. Wenn dies gelungen sein werde, dann werde auch die deutsche Industrie diejenige Stellung auf dem Weltmarkt enehmen, die ihr gebührt und es werde alsdann möglich sein, die Löhne der deutschen Arbeiter durchgreifend zu verbessern. (Lebhafte Beifall). Er ersuche, die Anträge des Ausschusses anzunehmen. (Beifall).

Commerzienrat Kade (Sorau R.-L.): Er könne dem Antrage nicht stimmen, daß die Handlungsgesellen und Lehrlinge von dem Gesetz ausgeschlossen seien. Die genannte Kategorie sei der Wohlthaten des Gesetzes ebenso benötigt, als die Arbeiter. — Da sich ein weiterer Redner bezüglich dieses Punktes nicht meldete, so wurde gleichzeitig zur Abstimmung geschritten. Dieselbe ergab die Annahme dieses Punktes im Sinne des Ausschusses.

Syndikus Sombart (Bremen) befürwortete hierauf folgenden Antrag der Bremer Handelskammer: „Der Handelstag wolle beschließen: An Stelle der in dem § 16 des Entwurfs vorgesehenen Eintheilung der Löhne in 5 Ortsklassen und dementsprechenden Fortsetzung der Beiträge und Renten empfiehlt es sich, die gesamte Versicherung gegen Alter und Invalidität auf dem Prinzip des Individuallohns, bzw. der Individualrente zu basiren, in der Weise, daß von jeder Mark Lohn ein bestimmter Procentsatz als Beitrag erhoben und bei Eintritt der Erwerbsunfähigkeit, bzw. bei Vollendung des 70. Lebensjahres aus der in der ganzen Arbeitszeit bezogenen Lohnsumme ein Durchschnittswochenlohn berechnet wird, auf Grund dessen die Höhe der Rente festzustellen ist. Die Zeit der freiwilligen Beiträge wird analog behandelt. Die Bestimmungen des „Entwurfs“ über Wartezeit und Ablösung der Rente bleibt im Prinzip bestehen.“ — Handelskammer-Sekretär Barthels (Barmen) beantragte Namens der Barmer Handelskammer: „Zu § 19 al. 2 der Procentsatz der Altersrente für erwachsene männliche Personen so hoch zu bemessen, daß die Rente in der höchsten Klasse mindestens 250 M. beträgt. Ferner, den Gesetz eine Bestimmung beizufügen, wonach weiblichen Arbeitern, welche in Folge Verheirathung den feierlichen Stand verlassen, die von ihnen gezahlten Beiträge zurückgezahlt werden.“ Syndikus Boßieller (Barmer) beantragte Namens der von ihm vertretenen Handelskammer: „Der Handelstag wolle beschließen, daß es sich empfiehlt, in § 94 die Worte: „Freiwillige Beiträge“ bis „begebracht worden“ zu streichen und an deren Stelle den Zusatz einzufügen: „und dieselbe ununterbrochen in längstens vierjährlichen Zahlungen erfolgt.“ General-Consul Russel (Berlin) trat diesen Anträgen entgegen. Fabrikant Behrens (Berlin): Er sei mit den Ausschusstanträgen einverstanden, allein dem Vorholde, die Altersgrenze auf das 65. Lebensjahr herabzusetzen, könne er sich nicht anschließen. Seiner Erfahrung nach gebe es viele Arbeiter, die nach zurückgelegtem 65. Lebensjahr noch arbeitsfähig seien. Dagegen empfiehle er die Erhöhung der Rente. Handelskammer-Sekretär Schler (Posen): Er habe geglaubt, daß eine General-Discussion stattfinden werde. Da dies jedoch nicht der Fall sei, so müsse er zur Spezialdebatte erklären, daß die von ihm vertretene Handelskammer gegen das Gesetz sei. (Hört!) Das Gesetz, das auf Zwang begründet sei, sei nur geeignet, die Unzufriedenheit der arbeitenden Klassen zu vermehren. Wenn man etwas Erfreiliches schaffen wolle, dann bau man das Gesetz, gleich dem Krankenkassen-Gesetz, auf der Basis der Freiwilligkeit auf. Er beantragte demnach die Ablehnung des Gesetzentwurfs. — Commerzienrat Weider (München) beantragte in den Gesetzentwurf eine Bestimmung aufzunehmen, wonach es Handwerkern, die selbstständig geworden, auszuüben gestattet sei. — Gegen den vorletzten Redner und die anderen Antragsteller wandten sich Director Frommel (Augsburg), Commerzien-Rath Wurmbach (Frankfurt a. M.), Geh. Commerzien-Rath Michel (Mainz) und Kaufmann Laeis (Hamburg). — Sämtliche gestellten Anträge wurden hierauf mit großer Mehrheit abgelehnt, dagegen die bereits mitgeteilten Ausschusstanträge I., II. und III. angenommen. (Vgl. Nr. 127 der Presl.)

General-Consul Russel (Berlin) verbreitete sich in längerer Rede über die Aufbringung der Mittel. Der Minister — so bemerkte der Redner — habe heute gewissermaßen ausgeprochen, daß die Regierung prinzipiell gegen das Umlageverfahren sei. Allein dies könne den deutschen Handelstag, der keine parlamentarische Körperschaft sei, nicht hindern, die gegenwärtige Meinung auszusprechen, zumal Fälle vorhanden seien, in denen die Regierung von ihrem früheren Grundsatz auch abgegangen sei. Im Falle eines Krieges oder wirtschaftlichen Niederganges werde man einfach, wie das für andere Zwecke auch geschehe, eine Anleihe aufnehmen

müssen, im Übrigen sammle ja auch das Prämiedeckungsverfahren einen eigentlichen Reservefonds nicht an. Die Altersversicherung lege der Industrie u. s. w. eine erhebliche Last auf. Der Staat habe demgegenüber die Seine zu tun, damit die Industrie diese Lasten tragen könne. Sei das nun der geeignete Weg hierzu, der Industrie jährlich viele Millionen an Zwangsversicherungsprämien abzufordern und die mündelichen anzulegen, oder sei es richtiger, dieses Capital in der Industrie zu lassen, damit es dort arbeite? Eine auch noch so schwere Krise werde um so leichter überwunden werden, je kräftiger und gesunder Handel und Industrie sei. Deshalb sei jenes Geld besser aufgehoben in der Tasche des Unterthanen, als in der „totten Hand“ des Staates. Es sei im Weiteren bedeckt, daß jenes Capital sich in ein Bett ergieße, welches bis jetzt mehr für Ersparnisse anderer Art bestimmt gewesen sei. Die Letzteren wären alsdann veranlaßt, andre weniger nutzbringende Anlagen aufzusuchen. Dies könnte aber leicht zu erheblichen Notständen führen. Die Befürchtung einer Beeinflussung des Zinsfußes durch jene Capitalanhäufung sei wohl begründet. Wenn auch 2 Milliarden Mark keine übermäßig hohe Summe repräsentieren, so würden dieselben doch, wenn sie zu dem übrigen nach Anlage suchenden Capital hinzutreten, einen erheblichen Druck auf den Zinsfuß ausüben.

Kaufmann Papendieck (Bremen): Er könne dem Vorredner nicht zustimmen. Die Aufbringung der Mittel könne zweckmäßig nur nach versicherungstechnischen Gründen erfolgen. Das Anhäufen von Capitalien in einer „totten Hand“ sei geeignet, der Industrie unerwartete Mittel zuzuführen. Das Umlageverfahren habe auch noch den Nachteil, daß dem Arbeiter wechselseitig, bzw. steigende Verpflichtungen auferlegt werden. Die Handelskammer zu Bremen stimme deshalb für das Prämienverfahren. — Geh. Commerzienrat Heimendahl (Crefeld): Er könne sich dem Vorredner nur anschließen. Der preußische Volkswirtschaftsrath habe in Folge des anfänglich von ihm begünstigten Umlageverfahrens immer mehr an Boden im Volle verloren. — Sekretär Dittmar (Mainz) trat für das Umlageverfahren im Sinne des Ausschusstantrages ein. — Commerzienrat Rosenbaum (Breslau): Er halte ebenfalls das Prämienverfahren für das einzige Correcte. Es sei erforderlich, in der gegenwärtig wirtschaftlich günstigen Zeit durch das Deckungsverfahren für etwa kommende schwere Zeiten Vorsorge zu treffen.

Bei der hierauf vorgenommenen, nach Handelskammern erfolgten Abstimmung stimmten 50 Handelskammern mit 132 Stimmen für das Umlageverfahren, dem Ausschusstantrag entsprechend, 19 Handelskammern mit 53 Stimmen gegen den Ausschusstantrag. Die Handelskammern zu Baden-Baden, Mannheim, Heidelberg und Pforzheim enthielten sich der Abstimmung.

Geh. Commerzienrat Michel (Mainz) sprach hierauf über die Organisation der Alters- und Invalidenversicherung. Der Redner empfiehlt die Annahme des Ausschusstantrages. Derselbe lautet: „Es empfiehlt sich beabsichtigt Versicherung der Arbeiter gegen Alter und Invalidität eine einheitliche Reichsanstalt zu schaffen, deren Verwaltung durch Beamte zu führen ist. Die Feststellung der Invalidität soll unter Mitwirkung von Vertretern der Arbeitgeber und der versicherten Personen erfolgen.“ — Sekretär Dittmar (Mainz) befürwortete einen Antrag der Stuttgarter Handelskammer: eine Reichsversicherungsanstalt zu gründen, der Verwaltung jedoch den Berufsgenossenschaften zuzuweisen. — Sekretär Dr. Kahler (Darmstadt) beantragte Namens der von ihm vertretenen Handelskammer, die Alters- und Invaliden-Versicherungskassen im Anschluß an die Ortskassen zu errichten. Es werde dadurch möglich werden, die Quittungsbücher, denen die Arbeiter mit großem Misstrauen gegenüberstehen, zu befeiigen und anstatt dessen Blätter einzuführen. — Syndikus Schlobach (Offenbach) beantragte, dem Ausschusstantrag hinzuzufügen: „unter Mitwirkung der für Unfall- und Krankenversicherung geschaffenen Organe.“ — Fabrikant Schiedmayer (Stuttgart) trat für den Antrag der Stuttgarter Handelskammer ein, während Handelskammer-Sekretär Dr. Gras (Breslau) und wiederholt der Referent, Geh. Commerzienrat Michel (Mainz) für den Ausschusstantrag sprachen. — Letzterer gelangte schließlich, nach Ablehnung aller anderen Anträge, mit allen gegen 6 Stimmen zur Annahme.

In den Ausschuss wurden hierauf neu resp. wiedergewählt: Handelskammer-Sekretär Barthels (Barmen), Commerzienrat Behrke (Halle a. S.), Fabrikant Boedingshaus jr. (Elberfeld), Geh. Commerzien-Rath Delbrück (Berlin), Banquier Heustel (Bayreuth), Commerzien-Rath Frenzel (Berlin), Handelskammer-Präsident Schlumberger (Mühlhausen i. S.), General-Director Serwas (Lahn-Ruhr) und Commerzien-Rath Weidert (München).

Den folgenden Gegenstand bildete: die Errichtung deutscher Handelskammern im Auslande. Handelskammer-Sekretär Dr. Landgraf (Mannheim) befürwortete die Annahme folgenden Antrages: „Der deutsche Handelstag spricht den Wunsch aus, es wolle die deutsche Reichsregierung auf die Errichtung deutscher Handelskammern im Auslande hinwirken.“ — Für den Antrag sprach noch Handelskammer-Sekretär Dr. Hatzfeld (Magdeburg). — Als dann gelangte derselbe ohne weitere Debatte einstimmig zur Annahme.

Handelskammer-Sekretär Dr. Stegemann (Neimark) befürwortete folgenden Antrag: „Der Deutsche Handelstag erkennt das Bedürfnis einer Abänderung des Markenschutzgesetzes an und beauftragt seinen Ausschuss, im Laufe der nächsten Jahre eine Versammlung derjenigen Handelskammern und Corporationen, welche diese Frage besonders angeht, zu veranstalten und die Anträge dieser Versammlung in seinem Namen an den Bundesrat zu vermitteln.“ — Danach war die Tagesordnung erledigt.

Auf Antrag des Fabrikbesitzer Möller (Brackwede) wurde beschlossen: an den früheren Präsidenten, Geh. Commerzienrat Delbrück ein Begegnungstelegramm zu senden. Als dann schloß der Vorsitzende, Commer-

zienrat Frenzel (Berlin) die sechzehnte ordentliche Plenarversammlung des Deutschen Handelstages.

[Berurtheilung wegen gewerbsmäßigen Glückspiels.] Als vor etwa 5 Jahren die Aufseher erregende Verhaftung des Kaufmanns Reuter erfolgte, der später wegen gewerbsmäßigen Glückspiels zu sechs Monaten Gefängnis und 6000 M. Geldbuße verurtheilt wurde, gelang es seinem „Spielpfosten“, dem Kaufmann Rudolf Wolf, sich ins Ausland zu flüchten. Er hatte auch schwerlich zur Verantwortung gezogen werden können, wenn er es nicht vorgezogen hätte, schließlich aus freien Stücken nach Berlin zurückzukehren und sich der Behörde zu stellen. Am Dienstag wurde vor der vierten Strafkammer gegen ihn verhandelt. Der Angeklagte gab zu, daß er gemeinsam mit Reuter Bank gehalten und mit demselben nach Memmingen und denjenigen Orten gereist sei, welche Sammelpunkte von Liebhabern des Hazardspiels zu sein pflegen. Der Gerichtshof glaubte dem Angeklagten, daß er nicht in gleichem Maße an dem Gewinne Anteil gehabt, wie der bereits verurtheilte Reuter, erkannte aber immerhin auf eine Gefangenstrafe von vier Monaten und eine Geldbuße von 3000 M. bzw. noch einen Tag Gefängnis für je 15 M.

■ Berlin, 19. Februar. [Berliner Neuigkeiten.] Der von Banziger zu Berathungen hier eingetroffene Generalvertreter der Deutsch-Ostafrikanischen Gesellschaft, Consul außer Dienst Böhlen, ist am Sonntag vom Staatssekretär des Auswärtigen, Grafen Bismarck, empfangen worden.

Der Sportsman, dessen Verhaftung wir gestern meldeten, ist Herr Wenzel, der Verwalter der Häuser des Premier-Lieutenant-Kräfte am Moritzplatz. Die Verhaftung ist bereits vor Weihnachten erfolgt.

## Oesterreich-Ungarn.

[Elektrische Kraftübertragung.] Die zum Betriebe der Papierfabrik „Steyermühl“ bei Gmunden verwendete elektrische Transmission ist die erste große Anlage dieser Art in Oesterreich. Das Fabrikselement ist derzeit auf eine Leistung von hundert Pferdekräften eingerichtet, wird jedoch bis auf vierhundert Pferdekräfte erweitert werden. Steyermühl liegt bekanntlich an der Traun und der Alpenstrom liefert die ursprüngliche Triebkraft für das interessante Werk. Sechshundert Meter Stromabwärts von der Papierfabrik ist durch große Wehrbauten ein Gefälle gewonnen worden, welches bei günstigen Wasserverhältnissen vierhundert Pferdekräfte repräsentiert. Dort wurde ein großes Maschinenhaus errichtet, das zwei Zonal-Turbinen zu je zweihundert Pferden und vier Stücke hundertseitige Gleichstrommaschinen aufnimmt. Vorläufig ist eine Turbine und ein Dynamo in Betrieb, welche einen elektrischen Strom von 67 Ampères bei einer Spannung von 1000 Volts erzeugen. Derselbe wird auf einer, ganz nach Art der Telegraphenleitungen hergestellten Leitung in die mehr als einen halben Kilometer entfernte Papierfabrik „Steyermühl“ geleitet. Dort tritt er, verschieden Schalt- und Meßapparate passend, in die Secundär-Dynamomaschine ein und erhält diese in fortwährender Rotation. Mittels eines aus vielen kleinen Lebergliedern bestehenden Kettenriemens treibt die Secundärmaschine die Haupt-Transmissionswelle, von welcher alle in der Fabrik verwendeten Maschinen ihren Antrieb erhalten. Von den hundert primären Pferdekräften gehen durch die Umwandlung der mechanischen Arbeit in elektrische Energie und von dieser wieder in mechanische Arbeit, sowie durch den Verlust, welchen der Widerstand des 1200 Meter langen Drahtes bedingt, 25 Prozent verloren. Der Nutzeffekt von 75 Prozenten war bisher unerreicht. Auch bietet der Betrieb der gewaltigen Dynamos gar keine Schwierigkeiten. Derselben können auch von ganz ungeübten Wärtern beaufsichtigt werden, deren Thätigkeit sich eigentlich bloss auf das Delen der Lager beschränkt. Mit Ausnahme einer Pause von 10 Minuten, in welcher die Maschinen gereinigt werden, ist die Anlage Tag für Tag durch volle vierundzwanzig Stunden in ununterbrochenem Betriebe.

## Provinzial-Zeitung.

Breslau, 20. Februar.

\* Behobene Verkehrsstörung. Der Gesamtverkehr auf den Straßen Podmocyska-Walocyz und Jaslo-Sand ist wieder eröffnet.

\* Eisenbahn-Angelegenheit. Seitens der Staats- und Kommunalbehörden der Kreise Löwenberg und Goldberg-Hainau, sowie seitens des Eisenbahn-Magistrats, sind die Verhandlungen wegen der Weiterführung der Eisenbahn Liegnitz-Goldberg nach Löwenberg neuerdings dringlicher fortgesetzt worden. Der Kreis und die Stadt Löwenberg haben die auf den Kreis Löwenberg entfallenden Kosten für den Gründungsvertrag im Befolge von 93 000 M. aufgebracht. Für den Kreis Goldberg-Hainau betragen die Gründungsverträge nach der Abschätzung 97 000 Mark. Wie nun aus den Verhandlungen der Goldberger Stadtverordneten-Versammlung bekannt ist, herrscht bei den Kommunalbehörden von Goldberg keine Neigung, einen großen Betrag zu den Gründungsverträgen beizutragen, während von dem Kreistage des Goldberg-Hainauer Kreises wohl zu erwarten ist, daß er einen beträchtlichen Anteil dieser Kosten auf den Kreis übernimmt. Da nun ferner die Staatsregierung die kostenfreie Hergabe des Grundes und Bodens für die Bahn zur unablässigen Bedingung macht, so haben sich die städtischen Behörden von Liegnitz in die üble Lage versetzt, zur Förderung des sonst ausichtslosen Unternehmens die Hergabe eines erheblichen Kapitals mit Rücksicht darauf zu befrüchten, daß der Stadt Liegnitz aus der Verbindung mit dem Löwenberger Kreise

den Diners der Gebildeten und den Saufgelagen der Bauern durch. Der Bauer ist Lapscha und Sütze, der Gebildete Lobster, Räude, Potagen und Filets. — Der Bauer trinkt gemeinen Jusel, der Gebildete seine Schnäpse, Liqueure, Weine und Champagner. Den Bauer kommt das Fest von 20 Kopelen bis auf 1 Rubel zu stehen, den Gebildeten von 6 bis auf 20 Rubel. Die Bauern sprechen, wenn sie trunken sind, von ihrer Liebe zu den Gevattern und singen russische Lieder — die Gebildeten sprechen von ihrer Liebe zur Alma mater und singen mit laufender Stimme lateinische Lieder. Die Bauern bleiben auf der schmutzigen Straße liegen, die Gebildeten in den Sammelsophas. Die Bauern werden von ihren Frauen und Söhnen nach Hause gebracht, die Gebildeten von den überlegenen lächelnden Kellnern. Ja, es ist wohl entstellt, rief der Graf aus, daß Leute, welche glauben, auf der Höhe der Civilisation zu stehen, nicht anders das Fest ihrer Auflösung begehen können, als mit unmähigem Essen und Trinken; entstellt ist es, daß ältere Leute, welche sich Leiter der Jugend nennen, theilnehmen an diesen Alkoholvergnügungen, das Entschickliche jedoch ist das, daß die Gebildeten von dem überlegnen lächelnden Kellnern. Ja, es ist wohl entstellt, rief der Graf aus, daß Leute, welche glauben, auf der Höhe der Civilisation zu stehen, nicht anders das Fest ihrer Auflösung begehen können, als mit unmähigem Essen und Trinken; entstellt ist es, daß ältere Leute, welche sich Leiter der Jugend nennen, theilnehmen an diesen Alkoholvergnügungen, das Entschickliche jedoch ist das, daß die Gebildeten von dem überlegnen lächelnden Kellnern.

Natastrophen im Ballaal. Auf einem Hausballe in Reims brach, während man im besten Tanzsalon war, Feuer aus. Im Nu war der große Saloon von Rauchmassen erfüllt; die Gäste, 175 an der Zahl, welche der ersten Gesellschaft von Reims angehörten, stürzten in wildester Flucht dem Ausgänge zu, wobei sie einige Zeit festgehalten, der Rettungsmannschaft den Zutritt versperrten, blieben. Mehrere Gäste sind erheblich verwundet, eine junge Frau wurde erdrückt. Unter den Trümmern des Tanzsaales wurde ein Musikan ganz verkohlt aufgefunden.

Auf dem Balle zu Ehren Harrisons, bei dessen Amtsantritt als amerikanischen Präsidenten soll es, nach dem „Herold von St. Louis“, sehr prächtig zugehen. Für Blumen sind allein 5000 Dollars ausgesetzt, und mehrere 1000 Ellen Guirlanden werden zur Verzierung der Decke angeschafft. Wenn der Präsident und seine Begleiter den Saal betreten, wird über ihm eine Blumentugel sich öffnen und ihn mit losen

Blumen überschütten, und ein Gleicht wird geschleben, wenn er am anderen Ende des Saales ankommt, wo er einem neuen Blumenhauer ausgesetzt sein wird. Die Blumeln werden auch eine Menge Kanarien- und andere Singvögel enthalten. Ein Blumenstück von 30 Fuß Länge wird von der Decke herabhängen. Die Gaseeinrichtung und die Säulen, welche die Gallerie tragen, werden mit Lorbeer umwunden sein. Sieben an der Gallerie angebrachte Blumenstücke von 10 bis 15 Fuß werden die verschiedenen Ministerien versymbolen. Über dem Springbrunnen in der Mitte der Halle wird sich eine zweiflüfige japanische Pagode erheben, welche die Musiker beherbergen wird u. s. w.

Die Nase des Prinzen von Wales war, wie aus London geschrieben wird, vor einigen Tagen der Gegenstand einer sehr erbitterten Debatte in dem Gericht des Lord Mayor, und die Geschworenen batten schließlich einen Wahrspruch über das Aussehen des Geschöpfs des Thronerben abzugeben, der für diejenigen keineswegs schmeichelhaft ist. Die Sache kam so. Ein Fabrikant von Regenschirmen hatte einen neuen Artikel in diesem Fach hergestellt und um ihn dem Publikum anzupreisen, bestellte er sich bei einem Künstler eine Zeichnung, welche den Prinzen und die Prinzessin unter einem seiner neu patentierten Regenschirme darstellte. Es wurde eine Bezahlung von 10 Guineen ausgemacht, aber als das Kunstwerk abgeliefert wurde, weigerte sich der Fabrikant, die Rechnung zu berichtigen, weil die prinzliche Nase zu groß und zu sehr röthlich angelaufen sei. Der Künstler reichte eine Klage ein; der Fabrikant brachte Beugen, die beschworen, daß der Erbe des englischen Thrones keine große, rote angelaufene Nase und kein aufgedunsenes Gesicht habe. Die Geschworenen waren anderer Ansicht, denn sie sprachen dem Künstler seine stipulierten zehn Guineen zu.

Eine parlamentarische Sängerin nennt die „Ostsch. Ztg.“ in Wien eine junge Dame, Fräulein Irene Abendroth, welche am 16. d. Ms. in den Wiener Hofoper mit recht günstigem Erfolge debütierte, denn ihrem künstlerischen Debüt in Wien ging ein parlamentarisches im galizischen Landtag voraus, welches ihrem noch unbekannt gewesenen Namen die Morgenröthe des Rufes vorausgesetzt. Fr. Irene war vor wenigen Monaten Gegenstand einer eingehenden Debatte der politischen Landesvertretung. Die galanten und lustigen Polen wollten nämlich dem vielversprechenden Talente eine Landesunterstützung gewähren, damit daselbe zum Frommen und zur Ehre seines engeren Heimatlands ausgebildet und vervollkommen werde. Es wurde ein förmlicher Antrag eingereicht, in Fräulein Abendroth eine „galizische Nachigall“ zu züchten. Dagegen wurde aber eingewendet, daß sie besorgte sei, die Nachigall werde, sobald sie flüge sei, ihren Gefang in fremde Länder tragen, und es wäre ein zu weitgehender Kunstsinn, fremder Leute das knappe Geld des Landes zu verwenden. Der Unterstützungsantrag kam zu Fall, und Irene, ihrerseits auch aller Dankbarkeit gegen ihre Heimat entbunden, konnte nun sich ihre künstlerische Heimat nach Belieben wählen. Der parlamentarische Rat, der ihr vorausging, machte sie interessant, man prüfte sie in Wien und fand, daß ihr Talent der Ausbildung würdig sei. So wurde sie Schülerin der vorrigen Hofoper, um so höchst wahrscheinlich ihrer parlamentarischen Vergangenheit eine glänzende künstlerische Zukunft folgen zu sehen.



lässt seit einigen Tagen bedeutend nach. Man wendet sich wieder mehr den Türkischen Papieren, sowie den Bankactien zu. Für Actien der Banque Ottomane lagen in den letzten Tagen grössere Kaufaufträge für deutsche Rechnung vor. Der Markt in Kupferwerthen ist nach wie vor schlecht. Das Découvert greift Rio des Metaux-Actien kräftig an, ohne auf grossen Widerstand zu stoßen. Kupfer notierte in London 69 auf Zeit. Der für diese Woche angekündigte offizielle Abschluss der neuen Kupferbank ist nicht erfolgt, in Folge von Formschwierigkeiten, wie verlautet. Die Gründung einer engl. Gesellschaft scheint noch nicht aufgegeben zu sein. Für De Beers-Actien hat sich die Stimmung gebessert. Der oberste Gerichtshof hat die Oppositionspartei, welche sich der Fusion der Central Mining Cie. mit der De Beers Cie. widersetzt und circa 7600 Actien ersterer Gesellschaft repräsentiert, mit ihren Ansprüchen abgewiesen. Trotz günstiger Aussagen der Experten hat auch die Compagnie France Algérienne ihren Proces mit der Regierung, bezüglich der Wiederherstellung der Dämme der Habra, in der ersten Instanz verloren. Die Gesellschaft wird appellieren.

**\* Einheitliche Zahlungsbedingungen im Waarenhandel.** Die „B. B.-Z.“ schreibt hierzu: Der erste Erfolg ist jetzt in dieser Beziehung zu verzeichnen. Die Kammgarnspinner haben einheitliche Zahlungsbedingungen vorgeschrieben und sich gegenseitig zur strengen Beobachtung der neuen Conditionen verpflichtet. Wie das stets bei Neueröffnungen der Fall ist, so hat es auch hier an Opposition in den Consumentenkreisen nicht gefehlt; aber nachdem jetzt einige Wochen vergangen sind, lässt sich übersehen, dass den Forderungen der Spinner, die in seltener Einigkeit auf Einhaltung der neuen Zahlungsbedingungen bestehen, anstandslos Rechnung getragen wird. Wir können also jetzt mit einer Thatsache rechnen, welche andere Branchen veranlassen sollte, dem gegebenen Beispiel zu folgen, es ist dies der einzige richtige Weg, im Grosshandel und in Folge davon auch im Kleinhandel eine Regelung unserer Zahlungsbedingungen, kürzere Creditfristen, allmählichen Uebergang zu kurzen Regulirungen, ja selbst zu Cassakäufen zu erlangen, wie sie im Interesse des Gedeihens unseres Handels nötig sind und wie sie sich in anderen Ländern, in Frankreich und in England schon längst zum Vortheile des dortigen Handels bewährt haben. Es ist endlich Zeit, dass mit einem Schlendrian aufgeräumt wird, mit einem Zopf, den wir noch aus alter Zeit übernommen haben. Je öfter man das Capital umzusetzen im Stande ist, um so grösser wird sich der Geschäftsgewinn stellen. Schon aus diesem Grunde sollte man darauf bedacht sein, auf kurze Zahlungsfristen zu halten, wir haben heute noch Geschäftsbranchen, die auf sechsmonatliches Ziel verkaufen müssen, in vielen anderen Zweigen ist ein freies Ziel von drei Monaten, nach dessen Verlauf nicht etwa in baar, sondern mit drei Monatsrüssen oder gar eigenen Accepten regulirt wird, gang und gäbe. Wird ein Geschäftshaus, nachdem man noch einige Wochen nach der Fälligkeit hat verstreichen lassen, an die Zahlung erinnert, fühlt es sich womöglich noch beleidigt; der Netto- und Comptantverkauf ist nur in den wenigsten Geschäftszweigen eingeführt; fast jede Branche gewährt andere Scontovergütungen, oft genug besitzt jede einzelne Firma ihre eigenen Scontovorschriften. Bis jetzt gibt er nur eine verschwindend kleine Anzahl von Grossindustrien, die einheitliche Zahlungsbedingungen eingeführt haben, unweigerlich auf prompte Einhaltung derselben bestehen, und für jeden Tag der Ziellüberschreitung Zinsen berechnen. Bei den weitaus Meisten herrschen jene Zustände, die wir oben gerügt haben. Was den Spinnern möglich ist, auch anderen Grossindustrien, die mit Grosskaufleuten zu thun haben, möglich; unsere Forderungen richten sich nicht sofort an den Kleinhandel, aber unsere Grossindustrie ist in der Lage, den gerechten Vorschlägen nachzukommen, wenn nur die Initiative von starker Hand ergriffen wird. Ebenso wie die Spinnereien vorgegangen sind, können die Webereien folgen, ebenso können die verschiedensten Zweige der Textil-, Montan-, der chemischen, der Leder-, der Papier-Industrien etc. ihre gemeinsamen Verkaufsbedingungen festsetzen, nach denen sie sich fortab richten wollen. Die heutige Geschäftslage mit ihren billigen Verkaufspreisen erleichtert die Sache außerordentlich. Warum noch lange mit der Einführung zögern? Es haben nur verschiedene grosse Branchen einer jeden Industrie zusammenzutreten, ihre Vorschläge zu formuliren, gerechtfertigte Bedenken zu beseitigen und unter Berücksichtigung der Interessen der Käufer und Verkäufer die Grundbedingungen festzusetzen — die sämigen Interessenten werden dann schon folgen, wenn sie nicht gegen ihren eigenen Vortheil handeln wollen; die Spinner geben uns hierfür ein vortreffliches Beispiel. Diejenigen, welche zuerst den Abmachungen auf einheitliche Festsetzung der Zahlungsbedingungen entgegengetreten sind, haben sich jetzt von selbst den neuen Bedingungen angeschlossen. Es liegt nichts daran, wenn sich einige kleinere Firmen ausschliessen, denn sie sind doch nicht im Stande, die Leistungsfähigkeit grosser Firmen zu beeinträchtigen, an die sich die Käufer schliesslich wenden müssen und deren Conditionen bewilligt werden, wenn sie auf einheitlichen, für die betreffenden Firmen bindenden Abmachungen beruhen.

## Turnerisches.

Die statistische Erhebung, welche am 1. Januar dieses Jahres wie alljährlich in dem die meisten Turn-Vereine Schlesiens und des Bezirks Posen umfassenden zweiten deutschen Turnkreise aufgenommen ist, hat wiederum ein nicht ungünstiges Ergebnis ge liefert. Die Zahl der Vereine ist gegen das Vorjahr um sechs, die der Vereinsangehörigen und steuerzahrenden Mitglieder um 350 bez. 125 gestiegen; am 1. Januar d. J. gehörten 169 Turnvereine mit 14 650 Vereinsangehörigen, darunter 12 490 steuerzahrenden dem Kreisverband an. Im Laufe des Jahres 1888 sind demselben 9 Turnvereine neu beigetreten, nämlich die Görlitzer Turnerschaft und die Männerturnvereine von Gostyn, Hermendorf u. R., Juliusburg, Namslau, Petersdorf i. R. (Turnclub), Plecken, Rothwasser O.-L. und Wreschen, während die Turnvereine von Langenbielau, Peterswaldau und Silberberg ausgetreten oder eingegangen sind. Neu entstanden sind außerdem in jüngster Zeit Turnvereine zu Langenbielau, Chorischow bei Königshütte, Lomnitz bei Erdmannsdorf, Sagan („Deutsch-Eiche“) und Parchwitz (weiterer Turnverein), die zum Theil bereits angemeldet sind oder den Anschluss an den Turnkreis in Aussicht genommen haben. Den Kreisverbände fern halten sich 16 in Schlesien und Süd-Polen bestehende Turnvereine, von denen allerdings die Hälfte sich wenig lebensfähig zeigt. — Die dem II. Turnkreise angehörenden 169 Turnvereine verteilen sich auf 150 Städte und Dörfer. In Breslau bestehen fünf, in Görlitz drei Turnvereine, in 13 anderen Orten deren zwei. 12 Turnvereine haben bis 25 Vereinsangehörige, 47 zählen deren zwischen 26 und 50, 73 zwischen 51 und 100, 32 zwischen 101 und 200; über 200 Mitglieder haben der Turnverein Gutheil zu Waldenburg i. Sch. (204), Turnverein Vorwärts zu Breslau (218), M.-T.-V. zu Königshütte (222), Penzig (225) und Landeshut i. Sch. (245). Die größten Vereine sind der Turnverein Vorwärts zu Hirschberg i. Sch. (357), der Turn- und Rettungsverein zu Görlitz (424) und der Männer-Turn-Verein zu Hirschberg (452); weitauß die meisten Mitglieder zählt der Alte Breslauer Turnverein (747), der in 4 Männerabteilungen, 2 Jugendabteilungen und 2 Alte-Herrenabteilungen zerfällt, die in vier verschiedenen städtischen Turnhallen ihre Übungen abhalten. Während des Jahres 1888 haben sich in allen zum II. Kreise gehörenden Turnvereinen an 12 917 Übungssabenden unter der Leitung von 633 Turnwartinnen und Vorturnern im Ganzen 239 261 Mann am Turnen beteiligt; 5 Vereine haben im Winter aus Mangel an einem Übungsräum das Turnen einstellen müssen; viele haben sich noch mit Sälen begnügt müssen, die nur notdürftig für den Turnbetrieb eingerichtet sind. Dagegen haben 41 Vereine Schulturnhallen benutzen dürfen, die aus Rücksicht auf die gemeinnützigen Zwecke der Turnvereine von staatlichen und städtischen Behörden im Allgemeinen gern, auch wohl ohne Mietentschädigung zur Verfügung gestellt werden. Acht Turnvereine erfreuen sich des Besitzes eigener Turnhallen, 21 haben eigene Turnplätze. Der gesamte Kreisverband gliedert sich in 12 Turngäule von verschiedener Größe und Mitgliederzahl; nach der Mitgliederzahl geordnet sind dies: 1) Riesengebirgsbau (19 Vereine mit 2475 Mitgliedern), 2) Mittelschlesischer Flachlandbau (14 Vereine mit 2062 Mitgliedern), 3) Oberlausitzer Gau (20 Vereine mit 1987 Mitgliedern), 4) Oberpfälzer Gau (23 Vereine mit 1631 Mitgliedern), 5) Waldenburger Gebirgsbau (12 Vereine mit 1273 Mitgliedern), 6) Posener Schlesischer Gau (22 Vereine mit 1197 Mitgliedern), 7) Böhm.-Gau (14 Vereine mit 860 Mitgliedern), 8) II. Niederschlesischer Gau (9 Vereine mit 798 Mitgliedern), 9) Schlesisch-Poener Grenzgau (14 Vereine mit 747 Mitgliedern), 10) I. Niederschlesischer (7 Vereine mit 628 Mitgliedern), 11) Niederschlesisch-Lausitzer Grenzgau (5 Vereine mit 516 Mitgliedern) und 12) Neissegau (10 Vereine mit 476 Mitgl.). An der Spitze jedes Gau steht ein Gauturnrat; zur Förderung ihrer Zwecke haben die Gaue 9 Gauturnen mit einer Beteiligung von 228 Mann und 2 Gauturnfahrten mit einer Beteiligung von 322 Mann veranstaltet; unter der Leitung der Gauturnwarte fanden 39 Gau- und Bezirksvorturnerstunden zur Weiterbildung der Vereinsvorturner statt. Die Verwaltung der gemeinnützlichen Angelegenheiten des Kreises liegt in der Hand eines Kreisturnrats, der seinen Sitz in Breslau hat; desselbe besteht aus dem Vertreter des II. deutschen Turnkreises im Auschub der deutschen Turnerschaft, Prof. Dr. Fedde, Geh. Regierungsrath Professor Dr. Schröder, dem Kreisturnwart, praktischen Arzt und Universitätssdocenten Dr. Partisch, dem Kreisfassenwart Uhrmacher Dünnow und dem Kreisfachwart, praktischen Arzt Dr. Löpisch. Einmal jährlich in der Osterwoche treten unter der Leitung des Kreisturnrats die Gauturnwarte zu einer turnerische Fachfragen behandelnden Beratung, und die Abgeordneten der Gaue zu einem Kreisturntag in Breslau zusammen. Beide Versammlungen waren im Jahre 1888 vollzählig besucht; auch in diesem Jahre werden dieselben abgehalten und zwar die IX. Gauturnwartinversammlung am 22. April, der XXVIII. Kreisturntag am 23. April. Die Wahl der Turntagsabgeordneten (je einer auf 250 steuerzahrende Mitglieder) findet im Monat März statt. Wie im vorigen Jahre, so wird auch im laufenden Jahre ein Kreisturnfest nicht stattfinden, wohl aber, wie bereits mitgetheilt, ein allgemeines deutsches Turnfest zu München vom 28. bis 30. Juli d. J.

## Neuigkeiten vom Büchertisch.

(Besprechung einzelner Werke vorbehalten.)

**Verstadtlichung der Straßenbahnen.** Eine Eisenbahn-politische Untersuchung von Karl Hilse, Doctor beider Rechte und der Philosophie, Rechtslehrer an der königl. technischen Hochschule zu Berlin, Syndicus der Großen Berliner Pferde-Eisenbahn-Aktien-Gesellschaft und der Neuen Berliner Pferde-Eisenbahn-Gesellschaft. Verlag von F. F. Bergmann in Wiesbaden.

**Der Amazonenklub.** Petrorella. Von Johannes v. Dewall. Illustrirt von H. Albrecht. Verlag von Carl Krabbe in Stuttgart.

**Der Madonna.** Roman von Otto Franz Gensichen. Zwei Bände. Verlag von Otto Franke in Berlin.

**Gedichte zum Gedächtnis unserer in Gott ruhenden Kaiser Wilhelm I. und Friedrich III.** Alt und Jung dargeboten von Ernst Fürste.

**Menschenverehrung und Menschenvergötterung.** Vortrag, gehalten im Vocal des Bremer Protestanten-Vereins von Moritz Schwab, Dr. theol., Prediger an der reformirten Kirche St. Martini zu Bremen. Verlag von Otto Wigand in Leipzig.

## Loft.

### Kornblum's Hotel

(am Ringe) [2381]

empfiehlt sich geneigter Beachtung.

### G. Blumenthal & Co.,

Ring Nr. 19

(Zimmerwäh'ches Haus)

### Wein-Gross-

Handlung. [2389]

Specialität: Ungarweine.

Verkauf auch in einzelnen Flaschen.

## Familiennachrichten.

Verlobt: Fr. Margarethe von Sichtart, Herr Eugen Freiherr von Wolf-Radischuk, Straßburg i. E. Fräul. Maria Otto, Herr Prem-Nieut. Hugo Juffer, Breslau-Pieß. Fr. Else Weber, Fr. Sec.-Lt. Wilhelm Erxleben, Glogau.

Geboren: Ein Knabe: Hrn. Prem-Nieut. Greutich, Reiffe.

Gestorben: Bern. Fr. Oberprediger Albertine Meyer, geb. Kuhne, Hadmersleben. Fr. Hofrath Lida Heinemann, geb. Krell, Wolde-Bern. Frau Professor Mathilde Barentin, geb. Schreiber, Berlin.

## Deutscher Chartreuse

der Deutschen Chartreuse-Compagnie bei gleicher Gütte be deutend billiger als französischer. In Breslau u. der Provinz in den Delicatessenhandlungen vorrätig.

**Generalvertretung:** Paul Proskauer, Breslau, Straße 5

### Angekommene Fremde:

Hôtel weisser Adler, Börsenstr. 10/11.	Bünger, Kfm., Berlin.	Hôtel z. deutschen Hause, Albrechtsstr. Nr. 22.
Denverschule Nr. 201.	Schweizer, Kfm., u. Frau, Dresden.	Masche, Fabrik, Siegmar.
von Söpp, Rgb., n. Frau, Wiesau.	Krämer, Kfm., Mannheim.	Lenz, Kfm., Landsberg.
Hegencheidt, Commerc.-Rath.	Berger, Kfm., Dresden.	Horn, Kfm., Annaberg.
n. Diener, Gleiwitz.	Endemann, Kfm., Berlin.	Heinrich, Kfm., Berlin.
Walter, Landesalt., Kleinbautz.	Kalbfuß, Kfm., Selb-Baiern.	Schwarzburger, Kfm., Leipzig.
u. Sohn, Neustadt OS.	Frankel, Fabrik, Baudiss.	Just, Kfm., Bojanowo.
Hagelsahl, Fabrikbes., Görlitz.	Hötel du Nord, Hotel du Nord,	Marshall, Kfm., Liegnitz.
Franz. Lorenz, u. Mj. St.	New Taschenstraße Nr. 18.	Hoffmann, Kfm., Wien.
Blafley, Grünberg.	Franke, Kfm., Nürnberg.	Wolff, Kfm., Berlin.
Thomson, Kfm., Hamburg.	Franck, Kfm., Nürnberg.	Nichter, Brauerbetrieb, Bünzlburg.
Mann, Kfm., Barwen.	Kiebunyest, Posen.	Richter, Kfm., Bolmarstein.
Eckhardt, Kfm., Hanau.	Engel, Kfm., Hamburg.	Hôtel de Rome, Albrechtsstraße Nr. 17.
Stödt, Kfm., Kreuznach.	Kaiser, Ingenieur, Leipzig.	Francke, Kfm., Nürnberg.
Otte, Kfm., Hainsberg.	Rust, Kfm., London.	Heinrichs, Kfm., Thomaswaldau.
Michaelson, Kfm., Berlin.	Marsmann, Kfm., Hamburg.	Hartmann, Kfm., Mühlberg.
Heleicher, Kfm., Wien.	Nagel, Kfm., Wohlau.	berg.
Gohn, Kfm., Berlin.	Dr. Demel, Fabrik-Director, Stoff, Landwirth, Osterdorf.	Prof. Dr. Amberg, Dresden.
Heinemanns Hotel zur goldenen Gans.	Kreis-Sprottau.	Kreuz, Pfarrer, Thomaswaldau.
Fremdsprechstelle Nr. 688.	Staroste, Rgb., n. Fr. Unow.	Hartmann, Kfm., Mühlberg.
Franz. Fabrik, Krämer nebst Tochter, Neustadt OS.	Lochter, Neustadt OS.	Neumann, Kfm., Burscheid.
Hüller, Kfm., Jerlohn.	Dr. Werner, Rechtsanwalt	Metzler, Kfm., Leipzig.
Herz, Kfm., Berlin.	u. Notar, Elbing.	von Walenburg, Rgb., Stromberg.
Schröder, Kfm., Dessau.	Dürk, Kfm., Hückelwagen.	Arends, Kfm., Berlin.
Delius, Kfm., Hückelwagen.	Fehr. v. Welschek, Patzschau.	Moser, Kfm., Bamberg.

### Breslau, 20. Februar. Preise der Cerealien.

Festsetzungen der städtischen Markt-Notirungs-Commission.

per 100 Kilogr.	gute mittlere ord. Waare.					
	höchst.	niedr.	höchst.	niedr.	höchst.	niedr.
Weizen, weißer	18 10	17 10	17 60	17 20	16 90	16 40
Weizen, gelber	18 —	17 80	17 50	17 10	16 80	16 40
Roggen	15 20	15 —	14 80	14 50	14 30	14 10
Gerste	15 60	14 40	13 60	13 20	12 —	11 70
Hafer	13 50	13 20	13 20	13 10	13 —	12 90
Erbsen	15 50	15 —	14 50	14 12	13 —	12 50

Kartoffeln (Detailpreise) pro 2 Liter 0,08—0,09—0,10 M.

Festsetzungen der Handelskammer-Commission.

	feine mittlere ord. Waare.					
M	A	M	A	M	A	





<tbl\_r